

4. Juni 2007

Thomas Wüthrich
Talweg 159
8610 Uster



Persönliche Erklärung

An den Präsidenten des Gemeinderates
Herr Werner Hürlimann
8610 Uster



Steuergeschenke statt Sicherheit - zur Lage der Stadtpolizei Uster

Den letzten beißen die Hunde, lautet das Sprichwort. Und das funktioniert im Kanton Zürich beispielsweise so. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat entzieht mit ihrer Steuersenkungspolitik dem Staat finanzielle Mittel, die er für die Erfüllung von Aufgaben dringend benötigen würde. So ist der Kanton gezwungen, in zunehmendem Masse Aufgaben an die Gemeinden abschieben. Dort gibt es wie in Uster ebenfalls bürgerliche Mehrheiten in Exekutive und Parlament, die genau gleich wie ihre Kollegen auf Kantonsebene mit Steuersenkungen Politik zu machen versuchen. Diese Politik kann nicht aufgehen, zumal der Staat oder die Gemeinde immer wieder neuen Herausforderungen begegnen muss.

Dies wurde der KÖS im Laufe der Beratungen zur Rechnung 06 eindringlich bewusst, als die Leistungsgruppe Stadtpolizei Gegenstand der Verhandlungen war.

Uster als Zentrumsgemeinde ist der Schauplatz von rund 280 Veranstaltungen pro Jahr, bei denen ein mehr oder weniger grosses Sicherheitsrisiko besteht. Insgesamt sind die Sicherheitsaufwendungen zur Durchführung dieser Events enorm. Dramatisch wird die Situation dann, wenn zunehmend mehr Jugendliche immer grössere Mengen Alkohol konsumieren. Rauschtrinken ist in. Entsprechend sind die oft gerade mal 14-jährigen Menschen extrem aggressiv und lassen ihrer Zerstörungswut freien Lauf. An jedem grösseren Fest wie z.B. an der Chilbi in Nänikon kommt es zu massiven Sachbeschädigungen. Im Vollrausch kennen die jungen Erwachsenen keine Grenzen.

Extrem schwierig wird es für die Polizei selber, diese Grenzen zu setzen, wenn nicht genügend Personal vorhanden ist. Bei solchen Vorkommnissen müsste die Polizei in Gruppen von 6 – 8 Mann ausrücken können. Momentan sind wir davon weit entfernt.

Die Stadtpolizei kann ihre Aufgaben auch deshalb nicht mehr in gewünschter Form wahrnehmen, weil das von den Bürgerlichen getragene Polizeiorganisationsgesetz viele Aufgaben an die Stadtpolizei delegiert. Und weil – als Folge der bürgerlichen Aushungerungspolitik – auch die Kantonspolizei zuwenig Mittel hat, um den Mannschaftsbestand im Korps auf Sollstärke zu bringen.

Dabei könnte es in Uster ja ganz gut aussehen. Stadt- und Gemeinderat waren sich in der strategischen Zielsetzung ja einig, dass im Jahr 2010 die Stadtpolizei 30 Vollzeitstellen umfassen soll. Wenn es aber darum geht, entsprechende Mittel zu sprechen, blocken die Bürgerlichen ab. Stadtrat Hans Streit war letztes Jahr explizit gegen eine zusätzliche Stelle bei der Stadtpolizei.

Und im Gemeinderat machte die bürgerliche Mehrheit auf Vogelstrauss-Politik, wie wenn die Stadt nicht auf neue, ernst zu nehmende Herausforderungen reagieren müsste. Mit ihrer Steuersenkungspolitik nehmen die bürgerlichen Parteien gravierende Lücken im Bereich Sicherheit in Kauf, anstatt adäquat neuen Problemstellungen zu begegnen.

Deshalb machen die Grünen die bürgerlichen Parteien dafür verantwortlich, wenn wir zunehmend mehr Steuergelder verschwenden müssen, um Sachbeschädigungen in Ordnung zu bringen. Und es liegt an den Bürgerlichen, wenn wir uns in Uster nicht mehr sicher fühlen können, nur weil die Polizei nicht die notwendigen Mittel erhält, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Der Bevölkerung in Form von Steuersenkungen Sand in die Augen zu streuen, ist keine nachhaltige Politik.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Thomas Wüthrich, Grüne